



Janine Gaumer
Wackersdorf
Atomkraft und Demokratie
in der Bundesrepublik 1980-1989
ISBN 978-3-96238-073-1
368 Seiten, 16,5 x 23,5 cm, 29,- Euro
oekom verlag, München 2018
©oekom verlag 2018
www.oekom.de

äußerte, die »Handlungsfähigkeit des Staates« bleibe nur dann erhalten, wenn »notwendige Vorsorgeeinrichtungen auch gegen lokale Interessen« verwirklicht werden könnten, und wenn »bei den entscheidenden Lebensfragen Solidarität geübt«¹²⁰ werde. Das Wort Wiederaufarbeitungsanlage steht bei diesen Zitaten nur zwischen den Zeilen. Ob es tatsächlich auch jemand aussprach, verrät das Protokoll der Fraktionssitzung nicht. Wahrscheinlich ist aber, dass alle Abgeordneten zumindest daran dachten, denn nur wenige Wochen zuvor hatte ihr Ministerpräsident angekündigt, dass sich der Freistaat Bayern auf die Suche nach einem geeigneten Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage begeben werde.

3. Standortsuche und Gründung erster Bürgerinitiativen

Politisch hatte das Projekt Wiederaufarbeitung nach den Querelen in Gorleben einiges an Faszination eingeübt. Die direkte Endlagerung wurde in der Öffentlichkeit als möglicherweise sicherere und günstigere Alternative diskutiert. Der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik schien längst nicht mehr so wahrscheinlich, wie Politik und Wirtschaft es sich wenige Jahre zuvor noch gedacht hatten. In dieser Situation sah Franz Josef Strauß die Notwendigkeit zum Handeln gekommen.

Das Thema Energieversorgung, seit Jahrzehnten aufgrund der rasanten industriellen Entwicklung eines der Kernthemen in Bayern,¹²¹ wickelte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom 3. Dezember 1980 zunächst routiniert ab.¹²² Seine Ausführungen zum Kernenergieausbau in Bayern beruhten auf altbekannten Argumentationen: Die Wasserkraft sei bereits weitgehend genutzt, Erdgas nur in geringen Maßen vorhanden und Kohle teuer, umweltschädlich und ebenfalls nicht ausreichend vorhanden. »Neue Energietechnologien« könnten auch bis ins Jahr 2000 nur einen sehr geringen Anteil des Energiebedarfs decken. Zwar erkenne Bayern die Notwendigkeit der Kohlenutzung an, jedoch dürften dem Freistaat aufgrund seiner »Revier- und Küstenferne« keine Kostennachteile entstehen. Nur in Kombination mit der Kernenergie sei Kohlestrom wirklich sinnvoll. Die Ankündigung nach der Standortsuche für eine WAA führte Strauß mit einem Seitenhieb auf die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ein: »Wegen innerparteilicher Widerstände« schiebe diese die »drängenden Entsorgungsfragen« immer weiter auf, so analysierte er und kündigte im selben Atemzug den »Widerstand Bayerns« gegen

¹²⁰ Ebd., Anlage 5: Sprechzettel zur geplanten Errichtung einer Landessammelstelle in Mitterteich.

¹²¹ Vgl. Deutinger: Energiepolitik.

¹²² Vgl. die folgenden Ausführungen und Zitate in Bayerischer Landtag, Plenarprotokoll 9/73, S. 4588.

diese Verzögerungspolitik an. Sogenannte Zwischenlager für die mittelfristige Aufbewahrung der abgebrannten Brennstäbe, wie sie zu dieser Zeit zur Diskussion standen, erteilte Strauß eine Absage. Stattdessen solle geprüft werden, ob in Bayern ein Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage vorhanden sei.

Als Grundlage seines Handelns nannte er den Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern, der sich 1979 für die zügige Errichtung einer solchen Anlage ausgesprochen hatte.¹²³ Dass die Ministerpräsidenten der Länder ebenfalls festgelegt hatten, dass die Möglichkeit zur direkten Endlagerung wissenschaftlich geprüft und außerdem Zwischenlager für eine Übergangszeit ausgebaut werden sollten,¹²⁴ ließ Strauß unerwähnt; solche Lösungsansätze entsprachen nicht seinen Interessen. Für ihn war die Wiederaufarbeitung seit seiner Zeit als Atomminister unverzichtbar für die Kernenergiepolitik in der Bundesrepublik. Seine Ankündigung, nach einem geeigneten Platz für die WAA zu suchen, war daher mehr als die bloße Bereitschaft, sich nicht vor der »Mitwirkung der Länder«¹²⁵ beim Bau von Entsorgungseinrichtungen zu entziehen. Vielmehr wollte er die Entsorgungspolitik mit diesem Schritt überhaupt erst wieder in die Richtung lenken, die er selbst für die richtige hielt, nachdem in Gorleben alle bisherigen Pläne für den Umgang mit Atommüll zur Disposition gestellt worden waren.

Strauß' Pläne stießen im bayerischen Landtag zunächst auf kein größeres Interesse. Die SPD schenkte dem Thema Wiederaufarbeitung in ihrer Reaktion auf die Regierungserklärung keine Aufmerksamkeit. Lediglich die FDP kritisierte, dass der Ministerpräsident keine Bereitschaft für die von den Liberalen favorisierte Erweiterung von Zwischenlagern zeige,¹²⁶ und wehrte sich gegen den Vorwurf, die sozialliberale Bundesregierung würde die Entscheidung für die Entsorgung verzögern. Es sei doch CDU-Mann Ernst Albrecht gewesen, der das Konzept in Gorleben fallen ließ, weil er »kalte Füße«¹²⁷ bekommen habe. Nichts deutete innerhalb des routinieren Schlagabtauschs von Staatsregierung und Opposition darauf hin, zu welchem explosivem Thema die Standortsuche für die WAA in Bayern noch werden würde. Tatsächlich sollte sie sich aber zu einem ersten Fallstrick des gesamten Projekts entwickeln.

Das Problem, einen geeigneten und unumstrittenen Ort für eine kerntechnische Anlage zu finden, hatte die Politik bereits seit längerem zum Nachdenken gebracht. Um der sogenannten Akzeptanzproblematik auf den Grund zu gehen, hatte die

¹²³ Vgl. Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke vom 28. September 1979, abgedruckt in Herrmann: Abfälle, S. 215f, Punkte 2 und 3.

¹²⁴ Vgl. ebd., Punkte 4 und 8.

¹²⁵ Bayerischer Landtag, Plenarprotokoll 9/73, S. 4588.

¹²⁶ Vgl. Bayerischer Landtag, Plenarprotokoll 9/74, S. 4623.

¹²⁷ Ebd., S. 4661.

Bundesregierung nach der Platzbesetzung 1975 in Wyhl Studien in Auftrag gegeben. Das Batelle-Institut für Kernphysik, ein Ableger des US-amerikanischen Forschungsinstituts für naturwissenschaftlich-technische Innovationen, präsentierte dem Bundesinnenministerium just im Jahr der bayerischen Standortsuche für die WAA die ersten Lösungsvorschläge. Standortüberlegungen sollten demnach nicht nur hinter verschlossenen Türen angestellt werden, da Geheimhaltung nur das Misstrauen erhöhe. Unterstützend wirke dagegen eine offene Diskussion.¹²⁸ Die Suche nach einem WAA-Standort in Bayern hätte der erste Testfall für eine neue Strategie in diese Richtung sein können. Die bayerische Staatsregierung entschied sich jedoch anders und führte die Suche weitgehend ohne Einbindung der Öffentlichkeit durch. Zwar betonte sie nach außen den offenen Ausgang des Prozesses; trotzdem geriet der Raum Schwandorf immer wieder in die Diskussion. Bereits eine Woche nach der Regierungserklärung wusste eine Regensburger Regionalzeitung zu berichten, dass im Raum Schwandorf-Wackersdorf angeblich bereits Bodenuntersuchungen für das geplante Projekt im Gange waren, was das Umweltministerium umgehen dementierte. Mit raunendem Unterton fragte das Blatt, ob es nun ein »Gorleben bei Regensburg« geben würde, einen »gigantische[n] Atomkomplex«, der in seinen Ausmaßen »normales Vorstellungsvermögen sprengt«.¹²⁹ Schon zum zweiten Mal – nach den Gerüchten um ein Zwischenlager 1979 – fiel der Landkreis in Zusammenhang mit der Frage nach dem Verbleib des Atommülls.

Für den fünfzigjährigen Hans Schuierer begann mit diesem Artikel eine Zeit, von der er später sagen wird, sie habe ihm »einige Jahre vom normalen Leben genommen«.¹³⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich der SPD-Landrat von Schwandorf als verantwortlich für eine ausgeglichene und gute Atmosphäre in seinem Landkreis gefühlt, der sowohl aus von der CSU dominierten Gemeinden als auch aus einigen sozialdemokratisch angeführten Industriegebieten bestand.¹³¹ Als Schuierer im Dezember 1980 den Kreistag beruhigte, er selbst habe sich von Wirtschaftsminister Anton Jaumann bestätigen lassen, dass keinerlei Vorbereitungen für eine Wiederaufarbeitungsanlage in der Gegend liefen,¹³² ahnte er vermutlich noch nicht, dass er seine Rolle im Landkreis in den folgenden Jahren anders definieren würde. Zunächst deutete auch nichts auf seine zukünftige Rolle als Identifikationsfigur des lokalen Protests hin. Für die »Republik Freies Wendland« in Gorleben, die wenige Monate zuvor bundesweit für Aufsehen gesorgt hatte, habe er sich »nicht direkt

¹²⁸ Vgl. Tschiedel: Technikgestaltung, S. 114; Batelle-Institut: Untersuchungen.

¹²⁹ StAAM, LRA SAD 5364, Gigantischer Atomkomplex vor der Haustüre. Geheimbohrungen für Wiederaufarbeitungsanlage, in: Die Woche, 11.12.1980.

¹³⁰ Interview mit Hans Schuierer am 23.4.2015 in Schwandorf.

¹³¹ Vgl. ebd.

¹³² Vgl. StAAM, LRA SAD 5364, Auszug aus dem Sitzungsbuch des Kreistages vom 12.12.1980.

interessiert«. Gorleben war für ihn, so beschreibt er rückblickend, »sehr weit weg«. ¹³³ Zudem habe er damals noch die Auffassung vertreten, dass Atomkraftwerke eben notwendig für die sichere Energieversorgung seien.

Trotz dieser grundsätzlich positiver Haltung zur Kernenergie und trotz der Bestätigung Jaumanns schrieb Schuierer noch vor Weihnachten 1980 einen Brief an Umweltminister Dick. Als zuständiger Landrat wolle er sich über die »bevorstehenden Sachverhalte gerne informieren«¹³⁴ und nähere Auskünfte vom Minister erhalten. Ergänzend zu den Bemühungen des Landrats übte der SPD-Abgeordnete Dietmar Zierer, der wenige Jahre später Schuierers Stellvertreter werden sollte, im bayerischen Landtag Druck auf die Staatsregierung aus. Im Februar 1981 stellte er eine Anfrage nach der Eignung der Region um Wackersdorf als WAA-Standort. Presseberichten zufolge, so Zierer, habe sich die Gemeinde selbst ins Spiel gebracht. Was die Staatsregierung dazu sagen könne? Umweltminister Dick ließ ihm zwei Monate später die gleiche Antwort zukommen, die er auch an Landrat Schuierer als Reaktion auf dessen Brief adressierte. Von einer Initiativbewerbung der Gemeinde Wackersdorf wusste er demnach nichts. Die Prüfung der Standorte werde aktuell nach dem Kriterienkatalog des Bundesinnenministeriums, landesspezifischen Vorgaben der Raumordnung und Landesplanung sowie des Natur- und Landschaftsschutzrechtes vorgenommen und sei noch nicht abgeschlossen. Daher, so teilte Dick mit, sei bislang weder der Raum Schwandorf-Wackersdorf noch sonst irgendein Ort in Bayern für eine Wiederaufarbeitungsanlage vorgesehen.¹³⁵

Während Dick nähere Informationen über die Standortsuche verweigerte, stimmte er die Empfängerinnen und Empfänger der *Bayerischen Staatszeitung*, also Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, auf die kommenden Gefechte ein. »Das Feld darf hier nicht allein den Kernkraftgegnern und -kritikern und keinesfalls den Demagogen überlassen werden«, ¹³⁶ so zeigte sich der Umweltminister überzeugt. Da Entscheidungen für eine zur Entsorgung notwendigen Atomanlage nicht nach dem St. Florians-Prinzip getroffen werden könnten, müsste mit objektiver Information einseitigen Darstellungen entgegengewirkt werden. Die Fronten, wie sie von der bayerischen Staatsregierung gesehen wurden, deuteten sich in dieser Aussage an: Einseitig waren aus Dicks Sicht die WAA-Gegnerinnen und -Gegner in ihrer unwissenden und pauschalen Ablehnung – objektiv war die wissenschaftlich fundierte Meinung der Staatsregierung. Zeitgleich zu diesen Ankündigungen einer

¹³³ Interview mit Hans Schuierer am 23.4.2015 in Schwandorf.

¹³⁴ StAAm, LRA SAD 5364, Hans Schuierer an Alfred Dick, 22.12.1980.

¹³⁵ Vgl. Bayerischer Landtag, Drucksache 9/8309, Schriftliche Anfrage von Dietmar Zierer (SPD) vom 18.2.1981 und Antwort des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen vom 8.4.1981; StAAm, LRA SAD 5364, Alfred Dick an Hans Schuierer, 25.3.1981.

¹³⁶ Alfred Dick: Zur Entsorgung und Wiederaufarbeitung, in: Bayerische Staatszeitung, Nr. 32 vom 7.8.1981.

offensiven Öffentlichkeitsarbeit wandte Dick sich an die CSU-Landtagsfraktion. Er wollte in Sachen WAA eine »einheitliche Haltung der Fraktion«¹³⁷ erzielen, um nach außen geschlossen auftreten zu können. Auf einer Klausurtagung sollten eindeutige Aussagen zur Kernenergie allgemein getroffen werden sowie »zu den strukturpolitischen Effekten«, die mit der Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage für den Standort verbunden seien – den Landkreis Schwandorf erwähnte er dabei nicht explizit. Fraktionsvorsitzender August Lang, der selbst aus der Oberpfalz stammte, zeigte sich nicht begeistert von der Vorstellung, ein Jahr vor der Landtagswahl ein solches Thema auf den Tisch zu bringen und sagte den von Dick vorgesehenen Termin zunächst ab.¹³⁸

Während der Umweltminister noch um die Unterstützung der CSU-Fraktion rang, fühlten sich Politikerinnen und Politiker am Ort der Gerüchte bereits vor den Kopf gestoßen. Die SPD-Stadtratsfraktion von Schwandorf schrieb an Dick, seine Beteuerungen, es sei noch kein Standort vorgesehen, seien »unglaublich«.¹³⁹ Immer öfter werde speziell Wackersdorf in Zusammenhang mit der Wiederaufarbeitungsanlage genannt. Sie hofften, so die Fraktionsmitglieder, die Staatsregierung werde in diesem Fall nicht »eine ähnliche unzulängliche Informationspolitik« betreiben wie bei der Landessammelstelle für radioaktiven Abfall in Mitterteich. Tatsächlich war der Fall Mitterteich aber offenbar genau der Grund, weshalb Staatsregierung und CSU vorsichtig agierten, wie an einem Brief des Oberpfälzer Bezirksvorsitzenden und Staatssekretärs a.D. Franz Sackmann an Franz Josef Strauß zu erkennen ist. Sackmann wandte sich in erster Linie wegen der schlechten Arbeitsmarktsituation an den Ministerpräsidenten und erwähnte dabei auch die mögliche Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage in der mittleren Oberpfalz. In den höheren CSU-Kreisen des Bezirks war diese Option offenbar bereits in der Diskussion, während Dick noch Dementis an Landrat und Öffentlichkeit abgab. Sackmann war sich des »heißen Eisens«¹⁴⁰ einer WAA durchaus bewusst und zwar »nicht zuletzt nach den Erfahrungen mit dem etwas unglücklich angepackten Projekt Mitterteich«. Entsprechende Pläne für eine WAA müssten daher »psychologisch gut vorbereitet werden«. Er schlug vor, Redakteurinnen und Redakteure bayrischer Zeitungen nach Frankreich in die dortige Wiederaufarbeitungsanlage zu schicken, die »zu erwartenden positiven Berichte« mit Vorträgen namhafter Wissen-

¹³⁷ Hier und im Folgenden: ACSP, LTF-WP 9, Wiederaufarbeitung 1981-1982, Alfred Dick an August Lang, 20.8.1981.

¹³⁸ Vgl. ACSP, LTF-WP 9, Wiederaufarbeitung 1981-1982, August Lang an Franz Josef Strauß, 31.8.1981.

¹³⁹ Hier und im Folgenden: StAAm, LRA SAD 5493, SPD-Stadtratsfraktion Schwandorf an Alfred Dick, 28.8.1981.

¹⁴⁰ Hier und im Folgenden: BayHStA, MWi Vorl. Nr. 0034, Franz Sackmann an Franz Josef Strauß, 4.5.1981, S. 8.

schaftler und Techniker vor Ort zu untermauern und damit die Allgemeinstimmung zu beeinflussen. Vorerst aber, da sei er sich einig mit dem Staatssekretär des Umweltministeriums Max Fischer – ebenfalls ein Oberpfälzer – berge dieses Thema »zu viel Zündstoff gegen die CSU«, weshalb es zweckmäßig sei, diese Frage »zunächst einmal in sehr kleinem Kreise zu besprechen«.¹⁴¹

Mit diesen Absprachen in kleinen Kreisen und der Aussage nach außen, alle Möglichkeiten innerhalb Bayerns unvoreingenommen nach vorgegebenen Kriterien zu prüfen, versuchte die Staatsregierung das Heft der Planung in der Hand zu behalten. Erst im Oktober 1981 reagierte der Umweltminister auf die Vorwürfe der Intransparenz, indem er ankündigte, alle möglichen Standorte für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Bayern sowie den landesspezifischen bayerischen Kriterienkatalog zu veröffentlichen. Er erntete mit diesem Plan Lob von SPD-Mann Zierer für seine »offene Art«.¹⁴² Dennoch stand der Landkreis Schwandorf in der Presse weiterhin im Fokus und in einigen Berichten wirkte es, als sei die Entscheidung schon längst getroffen.¹⁴³ Auch ein Gespräch zwischen Dick und Landrat Schuierer, das im Oktober stattfand, legt die Fokussierung auf die mittlere Oberpfalz nahe. Laut einem Aktenvermerk des Landratsamtes informierte der Umweltminister Schuierer darüber, dass es neun mögliche Standorte gebe, von denen aber nur drei wirklich brauchbar seien, darunter auch der Raum Schwandorf. Für Schuierer stand nach dieser Besprechung »mit allergrößter Wahrscheinlichkeit«¹⁴⁴ fest, dass sein Landkreis Standort der Wiederaufarbeitungsanlage werden würde.

Der Plan des Umweltministers, trotz dieser offensichtlichen Engführung auf Schwandorf und Umgebung weitere mögliche Standorte an die Presse zu geben, traf nicht auf die Zustimmung des Ministerpräsidenten. Strauß sprach sich dagegen aus, der Öffentlichkeit die Gebiete zu nennen, die das Umweltministerium als infrage kommend eingeschätzt hatte.¹⁴⁵ Stattdessen wurde nur der Kriterienkatalog offengelegt,¹⁴⁶ quasi zeitgleich mit der Ankündigung der DWK, dass sie nun den Raum östlich von Schwandorf genauer prüfen werde. Gemeint waren damit die drei Mikrostandorte Steinberg, Teublitz und Wackersdorf, die alle nur wenige Kilometer

¹⁴¹ Ebd., S. 9.

¹⁴² Der Raum Schwandorf wird als möglicher Standort für eine atomare Wiederaufbereitungsanlage genannt, in: Mittelbayerische Zeitung vom 1.10.1981.

¹⁴³ Vgl. ebd.; Peter Schmidt: Schwandorf als Standort einer Wiederaufbereitungsanlage Favorit, in: SZ vom 2.10.1981; ACSP, LTF-WP 9, Wiederaufarbeitung 1981-1982, Manuskript: Kommentar zur bayerischen Landespolitik von Lutz Roßmann, Sendung vom 10.10.1981.

¹⁴⁴ StAAm, LRA SAD 5364, Aktenvermerk: Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage im Landkreis Schwandorf.

¹⁴⁵ Vgl. Bayerische Staatskanzlei, Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom 27. Oktober 1981, S. 26.

¹⁴⁶ Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen: Kriterien.

voneinander entfernt waren.¹⁴⁷ Die ohnehin reichlich späte Transparenz-Offensive des Umweltministers blieb auf diese Weise unvollständig und ohne bleibenden Effekt in der öffentlichen Debatte. Die Frage, warum und wie die mittlere Oberpfalz zum Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage auserkoren worden war, blieb bis zuletzt unklar. Der ehemalige DWK-Mitarbeiter Reinhard Proske, der als Betriebsleiter für die zu bauende Anlage vorgesehen war, gab im Rückblick an, dass Landesregierung und DWK gemeinsam nach einem Standort gesucht und Ministerpräsident Strauß den Raum schließlich aufgrund der arbeitsmarktpolitischen Situation ausgewählt habe.¹⁴⁸

Obwohl sowohl Umweltministerium als auch DWK immer wieder betonten, die DWK habe sich den Standort selbst ausgesucht – eben nur anhand der vom Land vorgegebenen Kriterien¹⁴⁹ – glaubte daran von Beginn an kaum jemand. Der CSU-Bezirksvorsitzende Sackmann zeigte sich nach der Verkündigung des Standortes »betroffen« über diese Vorgehensweise: »Man wird sagen – ich habe das gestern abend in einer CSU-Versammlung bereits erlebt – daß es sich um eine längst abgekartete Sache handelt, für die man nur pro forma noch andere Standorte mit einbezogen habe.«¹⁵⁰ In der Presse wurden sofort Vergleiche zum Standort-Debakel in Mitterteich gezogen. »Ein Doppelspiel à la Mitterteich sollte sich die Oberpfälzer CSU kein zweites Mal leisten«, so analysierte die *Mittelbayerische Zeitung*. An der Landesspitze immer die Notwendigkeit der Kernenergie zu betonen, aber »vor Ort unverhohlen die Protestflagge auszurollen«, dies sei keine Strategie, die einer sich »so sehr als staatstragend apostrophierte[n] Partei«¹⁵¹ gut zu Gesicht stünde. Andere betrachteten die Entscheidung für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Bayern als »politische Mutprobe«,¹⁵² da bereits eine vergleichsweise harmlose Landessammelstelle die örtliche CSU entzweit hatte.

Insgesamt hatte die Strategie der bayerischen Staatsregierung, zunächst für Einigkeit innerhalb der Partei zu sorgen und dann offensiv die getroffene Entscheidung nach außen zu vertreten, aufgrund der Verwirrung um eine mögliche Offenlegung der Standorte und der frühzeitigen Gerüchte um Schwandorf/Wackersdorf nicht zum gewünschten Effekt geführt.

¹⁴⁷ Dick nennt den 29.10. als Datum, an dem der Kriterienkatalog dem Umweltausschuss vorgestellt wurde, vgl. StAam, LRA SAD 5364, Alfred Dick an Hans Schuierer, 17.12.1981; AfsB, IGBE 1920 A, DWK-Pressemitteilung: DWK untersucht den Raum östlich von Schwandorf, 30.10.1981.

¹⁴⁸ Vgl. Gespräch mit Reinhard Proske am 2.6.2016 in Wackersdorf.

¹⁴⁹ Vgl. BayHStA MU 245, Sicherheitsbericht von 1983, Kapitel »Standort«; Bayerische Staatskanzlei, Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom 27. Oktober 1981, S. 25.

¹⁵⁰ ACSP, LTF-WP 9, Wiederaufarbeitung 1981-1982, Franz Sackmann an Edmund Stoiber, 29.10.1981.

¹⁵¹ Gerd Otto. Endlich Position beziehen, in: *Mittelbayerische Zeitung* vom 27.10.1981.

¹⁵² Max-Hermann Bloch: Wiederaufbereitung im Kabinett, in: *Augsburger Allgemeine* vom 27.10.1981.

Sowohl SPD als auch CSU hoben die Bedeutung der Debatte um den WAA-Standort auf eine höhere Ebene als die der rein technischen Frage nach dem Umgang mit Atommüll. Für die SPD war 1981 noch nicht das technische Risiko der Hauptkritikpunkt, sondern das Verfahren der Standortsuche, das den Sozialdemokraten zu wenig partizipatorische Elemente enthielt. Die »Heimlichkeit« mit der die Staatsregierung agiert habe, »säe Mißtrauen und erzeuge Angst, Gegnerschaft und Emotionalität«,¹⁵³ so der umweltpolitische Sprecher der Partei Hans Kolo in einer Sitzung des Umweltausschusses. Eine solche verfehlte Informationspolitik, die den Bürgern nicht einmal sage, was eine Wiederaufarbeitungsanlage überhaupt sei, bereite »Staatsverdrossenheit« und »Mißtrauen gegenüber der Politik« den Weg. Nur eine informierte Bevölkerung, so Kolo, könne »letztlich mit entscheiden, ob überhaupt eine derartige Anlage wünschbar oder notwendig ist«. Diese in den Raum gestellte Möglichkeit, die Bevölkerung könnte konkret für oder gegen eine Wiederaufarbeitungsanlage votieren, war rein theoretischer oder metaphorischer Natur. Hans Kolo wusste genau, dass eine tatsächliche Abstimmung im politischen Entscheidungsprozess nicht vorgesehen war. Tatsächlich gemeint war eher eine offene gesellschaftliche Diskussion. Zu weitergehender Kritik sah die SPD zu diesem Zeitpunkt noch keine Notwendigkeit. Der Vorsitzende des Umweltausschusses, Alois Glück von der CSU, stellte in derselben Sitzung abschließend fest, dass die Opposition bis jetzt nicht versucht habe, »politisches Kapital daraus zu schlagen«,¹⁵⁴ und verlieh der Hoffnung Ausdruck, auch in Zukunft »eine sachliche Erörterung des Für und Wider eines solchen Projekts« führen zu können.

Für die Union lag der Fokus nicht auf Partizipation der Bürger, sondern auf der Durchsetzungsfähigkeit des Staates. Die CSU-Landtagsfraktion, die sich zu guter Letzt doch noch zu Wort gemeldet hatte, betonte in ihrem Beschluss zur Wiederaufarbeitung, alle politischen Kräfte des Landes sollten sich von »Sachlichkeit und staatspolitischer Verantwortung«¹⁵⁵ leiten lassen. Wahltaktische Erwägungen und Opportunismus würden nur »Zweifel an der Handlungsfähigkeit des demokratischen Staatswesens in wichtigen Fragen fördern« und seien deshalb unverantwortlich. Ohne das Wort selbst zu benutzen, verfolgte die CSU eine Rhetorik der Unregelmäßigkeit. Eine offene Debatte über die Notwendigkeit einer Wiederaufarbeitungsanlage, wie sie seit dem Gorleben-Hearing 1979 geführt wurde, stellte aus Sicht der CSU die Handlungsfähigkeit des Staates und damit die Demokratie in Frage.

¹⁵³ Hier und im Folgenden: Bibliothek des Bayerischen Landtags, Sitzungsbericht vom 29.10.1981, in: Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen: Sitzungsberichte der 9. Wahlperiode 1978/82, Band 6, S. 8f.

¹⁵⁴ Ebd., S. 13.

¹⁵⁵ Hier und im Folgenden: ACSP, LTF-WP 9, Wiederaufarbeitung 1981-1982, Beschluss der CSU-Fraktion am 28.10.1981 zur Wiederaufarbeitung.

Ob die Antwort auf die von allen unbestritten wichtige Frage der Entsorgung Wiederaufarbeitung oder direkte Endlagerung heißen sollte, war laut Beschluss von Bund und Ländern endgültig erst 1985 zu entscheiden. So hatten es die Regierungschefs 1979 festgelegt. Franz Josef Strauß und seine Partei arbeiteten jedoch entschieden darauf hin, die Wiederaufarbeitung in der Bundesrepublik in großindustriellem Stil zu verwirklichen. Die Energiewirtschaft zeigte sich zu diesem Zeitpunkt noch erfreut über diese offerierte Option nach dem Scheitern des Entsorgungszentrums,¹⁵⁶ obwohl die Anlage nun kleiner geplant wurde als noch in Gorleben. Der zuvor errechnete wirtschaftlich rentable Betrieb war mit dem nun geplanten Umfang von 500-700 Tonnen Materialverarbeitung pro Jahr nicht mehr gegeben. Eines der Hauptargumente für die eigene nationale Wiederaufarbeitung gegenüber den Aufträgen an die Anlagen in Großbritannien und Frankreich war damit nicht mehr gültig.¹⁵⁷

Im Februar 1982 ließ der Vorstand der DWK verlauten, dass es vor allem unternehmerische Gesichtspunkte waren, die zu seiner Entscheidung geführt hatten, den Raum Schwandorf näher zu prüfen. Die Region lasse sich aufgrund vorhandener Infrastruktur kostengünstiger erschließen als andere Räume. »Die Tatsache«, so die DWK weiter, »daß wir eine Bevölkerung vorfinden, die über eine jahrelange Industrieerfahrung verfügt und mit der Ansiedlung von Industrien vertraut ist, ist für DWK ein zusätzliches positives Kriterium.«¹⁵⁸ Es ging bei dieser Einschätzung nicht mehr nur allein darum, dass der Bau einer Atomanlage einem strukturschwachen Raum dringend benötigte Arbeitsplätze beschere würde. Diesmal hoffte man auch auf den umgekehrten Effekt. Nicht nur die Atomwirtschaft sollte etwas für den Raum, sondern auch die dort ansässige Bevölkerung würde etwas für die Atomwirtschaft tun. Die Erfahrung und Identifikation der Oberpfälzer mit traditionellen Industriezweigen sollte auch eine erhöhte Akzeptanz gegenüber der Wiederaufarbeitungsanlage nach sich ziehen. Sehr schnell zeigte sich, dass in dieser Rechnung die Reichweite der gesellschaftlichen Problematisierung von Atomkraft viel zu niedrig angesetzt worden war. Noch bevor die DWK offiziell die Prüfung des Raum Schwandorfs hatte verkünden können, hatte in der Kreisstadt bereits die erste und für die folgenden Jahre wichtigste Bürgerinitiative (BI) ihr Gründungstreffen abgehalten: die BI Schwandorf. Ihr sollten bald Zusammenschlüsse in jeder größeren Stadt der Oberpfalz folgen.

Von Beginn an hatten die Darstellungen der Proteste gegen die Wiederaufarbeitungsanlage einen starken Fokus auf den »Widerstand« der lokalen Bevölkerung,

¹⁵⁶ Vgl. Tiggemann: Achillesferse, S. 684.

¹⁵⁷ Vgl. zur zuvor errechneten Wirtschaftlichkeit ebd., S. 332 und zur Entscheidung für eine kleinere WAA und der damit einhergehenden Verlustrechnung ebd., S. 704.

¹⁵⁸ AdSD, LTF Bayern 0207, Mitteilung der DWK, 15.2.1982.

der sich bis in gegenwärtige Beschreibungen gehalten hat. Schon der erste überregionale ausführliche Bericht über die BI Schwandorf, der ein Jahr nach ihrer Gründung erschien, stellte die »Bodenständigkeit« der Aktivisten als »Trumpf« heraus.¹⁵⁹ Ein BI-Vorstandstreffen lief dem Artikel nach mit Überlegungen folgender Art ab: »Festzulegen sei jetzt noch der Bieranstich, sagt der Vorsitzende Dieter Kersting. Selbstverständlich auch eine zünftige Blasmusik. Und wer denn die Würstchen besorge oder das Festzelt organisiere, wird gefragt. Alle diese bayerischen Beigaben dürfen nicht fehlen, wenn Atomprotest nach Art der Oberpfalz draußen bei der Bevölkerung ankommen soll.« Gedanken an Kommunisten und Anarchisten, die das System stürzen und den Staat bekämpfen wollten, sollten gar nicht erst aufkommen. Im Gegenteil betonte der Autor, wie schwer die Etablierung einer Opposition in dieser Region war, einem »tiefschwarzen Landstrich«, in dem »ein Aufbegehren gegen die Obrigkeit ansonsten überhaupt kein Thema ist«.

Die Selbstdarstellungen vieler Aktivistinnen und Aktivisten, ob aus der Rückschau oder aus zeitgenössischen Dokumenten, decken sich häufig mit dieser Beschreibung. Viele sahen sich als staatsstreuere Bürgerinnen und Bürger, die noch nie im Konflikt mit Polizei oder anderen staatlichen Stellen geraten waren. Für Wolfgang Nowak, jahrelanger Kassierer der BI Schwandorf und heute ihr privater Archivar, sagte über sein Leben vor dem WAA-Protest: »Früher hätte ich mich nie eingemischt, da hab ich gesagt, ich hab Vertrauen, also felsenfestes Vertrauen.«¹⁶⁰ Peter Zobel, ehemaliges Mitglied der BI aus der nächstgrößeren Stadt Amberg, beschrieb sein Leben vor der WAA wie im Wartestand: »Das war damals eine interessante Geschichte, weil ich eben, ja, zunächst einmal so einer war, der sich begnügt hat mit seiner beruflichen Tätigkeit. Schon insgesamt das Potential gehabt hat, auch mal auch eine kritischen Gedanken gehabt hat, aber das nicht in die Praxis umgesetzt hat.«¹⁶¹ Und über Erna Wellnhofner, eine der engagiertesten Frauen der BI Schwandorf, heißt es in einer aus der Binnensicht geschriebenen Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, sie wundere sich selbst immer wieder, »wie schnell aus der einstmaligen konservativen Lehrerin das Herz und die Seele der Anti-WAA-Bewegung geworden ist.«¹⁶² Sie, die sich bis Ende der 1960er Jahre bei den CSU-Frauen engagierte, und danach »nie mehr etwas mit Politik am Hut haben wollte«. Die WAA und der Protest kamen demnach wie eine Art Naturkatastrophe über die Menschen in der Oberpfalz, wie es sich auch im oft artikulierten Ausspruch »und plötzlich hast du es vor der Haustür« ausdrückte.¹⁶³

¹⁵⁹ Hier und im Folgenden: StAAm, LRA SAD 5493, Jürgen Schreiber: Bürger wider Aufbereitung, in: Horst Sterns natur, Nr. 12/1982, S. 19ff.

¹⁶⁰ Interview mit Peter Zobel und Wolfgang Nowak am 24.4.2014 in Schwandorf.

¹⁶¹ Ebd.

¹⁶² Siegler: Erna, S. 162f.

¹⁶³ So oder ähnlich in den Interviews mit Alfred Wolfsteiner, Claus Böbenecker, Peter Zobel.

Gerade vor dem Hintergrund dieser Erzählungen der plötzlichen, scheinbar für alle Beteiligten überraschend eingetretenen Politisierung ist die Frage nach den Beweggründen für den Eintritt in eine Bürgerinitiative besonders interessant. In Schwandorf begannen die Planungen für einen Zusammenschluss von WAA-Gegnerinnen und -Gegnern, als die Staatsregierung eine baldige Entscheidung über den Standort ankündigte. Die Gerüchte um den Raum Schwandorf hatten sich derart verdichtet, dass eine Handvoll der Atomkraft kritisch gegenüberstehenden Menschen den Zeitpunkt zum Handeln gekommen sahen. Im Oktober 1981 trafen sich erstmals circa 15 Leute, die aus dem Kreis des Bund Naturschutz und einigen Grünen stammten. Der Bund Naturschutz hatte sich in seinem Verhältnis zur Atomenergie im Laufe der siebziger Jahre um 180 Grad gedreht. Von einer unbedingt zustimmenden Haltung vor 1972 war die Organisation bis 1979 schrittweise zu einer fundamentalen Ablehnung übergegangen.¹⁶⁴ Insofern verwundert es nicht, dass seine Mitglieder bei der Begründung des Protests in der Oberpfalz eine Vorreiterrolle spielten. Eine wichtige Rolle spielten außerdem Beamtinnen und Beamte, von denen bei der Gründung der BI Schwandorf viele bei der Schwandorfer Poststelle arbeiteten. In Wackersdorf spielten Verbeamtete insgesamt eine weitaus größere Rolle als in Wyhl fast zehn Jahre zuvor, wo die Basis der örtlichen Initiativen in erster Linie aus der Bauernschaft stammte.

Dieter Kersting, der ebenfalls durch seine Mitgliedschaft beim Bund Naturschutz zum Kreis der BI-Gründer stieß, beschrieb diese Handvoll Leute als »nicht so die übliche Klientel der Atomkraftgegner, also aktive Atomkraftgegner waren wir nicht«.¹⁶⁵ Es waren keine Aktivistinnen und Aktivisten, die sich in den vorhergehenden Konflikten politisiert hatten. Der Berufsschullehrer Kersting war durch sein Physik-Studium in den sechziger Jahren auf das Thema Atomkraft aufmerksam geworden und hatte früh eine kritische Sicht eingenommen. Die Auseinandersetzungen in Wyhl und Brokdorf hatte er jedoch nur in der Presse verfolgt und war trotz inhaltlicher Übereinstimmung mit den Zielen der Demonstrantinnen und Demonstranten mit den Protestmitteln überhaupt nicht einverstanden gewesen.¹⁶⁶ Obwohl die kleine Gruppe aus Postbeamten und Naturschützern gar nicht öffentlich zur Gründungsversammlung geladen hatte, sondern die Organisation der Bürgerinitiative im eingeweihten Kreis besprechen wollte, kamen über hundert Menschen in die Gaststätte am Kreuzberg in Schwandorf zum nächsten Treffen.¹⁶⁷ Trotz der Selbstbeschreibungen, sich zuvor wenig um Politik gekümmert, Politikern

¹⁶⁴ Vgl. dazu Hasenöhl: *Zivilgesellschaft*, S. 433-436.

¹⁶⁵ Interview mit Dieter Kersting am 22.7.2014 in Regensburg.

¹⁶⁶ Vgl. ebd.

¹⁶⁷ Vgl. *Die Bürger im Raum Schwandorf haben nicht geschlafen*, in: *Mittelbayerische Zeitung* vom 17./18.10.1981.

hohes Vertrauen entgegengebracht und ein weitestgehend privates Leben geführt zu haben, war die angeblich von DWK und Staatsregierung gehegte Vorstellung von den unpolitischen Oberpfälzerinnen und Oberpfälzern, die Entscheidungen der Regierung unhinterfragt akzeptierten, eine Quelle der Empörung. Aus ihr speiste sich bei vielen letztlich das Selbstverständnis als »Widerständler«.

Von dieser Dynamik zwischen der tatsächlichen und unterstellten Außen- und Selbstsicht zeugt bereits ein Zeitungsbericht über die BI-Gründung. Er leitete mit einer Erwartungshaltung an die Oberpfälzerinnen und Oberpfälzer ein, nur um diese sofort zu widerlegen: »Wer bisher geglaubt oder befürchtet hatte, daß die Bürger in der Oberpfalz politisch brisante Themen mit gelassener Bierruhe aufnehmen und eventuelle Konsequenzen protestlos schlucken, mußte sich am Donnerstagabend eines Besseren belehren lassen.«¹⁶⁸ Viele Interessierte seien zusammengekommen, um zu beweisen, »daß die Oberpfälzer nicht schlafen.« Eines der Kriterien für den Standort der Anlage, so beschrieb der Bericht die Überzeugung aller Anwesenden, sei nämlich das Potential für »Widerstand oder kein Widerstand in der Bevölkerung« gewesen. Bereits von Anfang an zeigte sich damit eines der dominierenden Narrative des Konflikts, nach dem die CSU-Landesregierung in der Oberpfalz ein politisches Hinterland vermutete, in dem mit »Widerstand« nicht zu rechnen sei. Sichtbar wird dies auch an Aussagen wie dieser: »Die ham gemeint, die Oberpfälzer sagen Ja und Amen. Die ham sich aber schwer täuscht.«¹⁶⁹

Anders als noch in Wyhl, wo Chemie-Studenten und einige wenige kritische Wissenschaftler und Ärzte Anfang der siebziger Jahre lange Zeit erfolglos versuchten, mehr Menschen auf die Gefährlichkeit der Atomenergie aufmerksam zu machen und die erste Bürgerinitiative längere Zeit isoliert von der breiten Bevölkerung agierte,¹⁷⁰ waren die Voraussetzungen in Bayern zehn Jahre später bereits andere. Und nicht nur die Mobilisierung der Atomkraftgegnerinnen und -gegner verlief nun schneller. Auch der Staat ging mit vorgeprägten Vorstellungen an die Bürgerinitiative heran. Empört gab Dieter Kersting der Presse Auskunft, die Versammlungsbehörde der Stadt Schwandorf habe für die erste Informationsveranstaltung Auflagen erteilt, weil »bei derartigen Veranstaltungen Gefahren für Leben und Gut zu befürchten«¹⁷¹ seien. Zudem sei eine Gebühr von 30 DM erhoben worden. Aus all dem, so schloss Kersting, »können wir ersehen, daß friedliebende Bürger, die ihre demokratischen Grundrechte wahrnehmen als unkontrollierte Menschen eingeschätzt werden«. Von Beginn an ging es also nicht nur um eine Auseinandersetzung

¹⁶⁸ Hier und im Folgenden: ebd.

¹⁶⁹ Langer: Oberpfälzer, Einordnung des Zitats auf S. 176. Es wurde in der Zeitschrift *Radi.Aktiv*, Nr. 11/1986 abgedruckt.

¹⁷⁰ Vgl. Milder: *Activism*, S. 28, 37-39, 43.

¹⁷¹ Hier und im Folgenden: »Gefahr für Leben und Gut«, in: *Der Neue Tag* vom 26.10.1981.

um Umweltschutz. Die von Kersting benutzten Begriffe wie »demokratische Grundrechte« und »friedliebend« nahmen Semantiken auf, die schon in den Jahren zuvor den Konflikt um die Atomkraft entlang einer grundsätzlichen Debatte um Partizipation und staatlichem Machtmonopol strukturiert hatte. Die Wahrnehmung von Grundrechten, die sich die breite Bevölkerung erst seit den späten sechziger Jahren anzueignen begann, ging mit einigen Lernprozessen für Staat und Individuen einher.¹⁷² Die Orte und Anlässe für diesen Lernprozess waren unterschiedlich, und für einen Teil der oberpfälzer und bayerischen Bevölkerung war dieser Anlass die geplante WAA in Wackersdorf.

Die Bürgerinitiative war zunächst mit vielen organisatorischen Aufgaben beschäftigt und machte diesbezüglich schnell eine Professionalisierungsentwicklung durch. In der Vorstandssitzung wenige Wochen nach der Gründung machten sich die WAA-Gegnerinnen und -Gegner der BI Schwandorf und andere Initiativen aus Regensburg, Weiden, Cham und dem sogenannten Städtedreieck aus Teublitz, Maxhütte-Haidhof und Burglengenfeld ausführliche Gedanken über die organisatorische Struktur der verschiedenen Zusammenschlüsse. Sollte es eine gesamtbayerische Dachorganisation geben? Sollte die BI Weiden selbstständig bleiben oder sich den Schwandorfern anschließen? Wie genau sollte man potentielle Neumitglieder ansprechen? Überlegungen in Richtung eines eigenen Info-Büros wurden angestellt, um ein Gegengewicht zur Informationsstelle der Staatsregierung im Landratsamt Schwandorf bieten zu können. Detailliert besprachen die Aktivistinnen und Aktivisten die Strategien für die Öffentlichkeitsarbeit und wie den befürwortenden Argumenten begegnet werden könnte.¹⁷³

Lediglich an einer Frage wird ersichtlich, dass die Oberpfälzer Bürgerinitiativen sich noch nicht hundertprozentig als Teil der Anti-Atomkraftbewegung begriffen. Diskutiert wurden nämlich auch, ob man »grundsätzlich gegen Kernkraft oder nur gegen eine WAA im hiesigen Raum«¹⁷⁴ sein sollte. Da der Betrieb von Atomkraftwerken auch ohne eine Wiederaufarbeitungsanlage möglich war, musste die Kernenergie nicht per se abgelehnt werden. Gleichzeitig wird am vorgeschlagenen Slogan »keine WAA hier und anderswo!«¹⁷⁵ die semantische Anbindung an die Bewegung sehr deutlich. An diesem Punkt zeigt sich, wie wenig selbstverständlich die Aufnahme der Ziele der bundesweiten Anti-Atomkraftbewegung an einem neuen Standort war. Selbst jene, die vor Ort die Grundlagen für eine Protestbewegung

¹⁷² Vgl. dazu auch Doering-Manteuffel/Greiner/Lepsius: Einleitung, S. 4 und Doering-Manteuffel: Fortschrittsglaube, S. 100f.

¹⁷³ Vgl. Privatarchiv Wolfgang Nowak, BI Verein 1981-1987, Protokoll über die Ausschusssitzung am 9.12.1981.

¹⁷⁴ Ebd., S. 3.

¹⁷⁵ Ebd.

legten, mussten erst untereinander aushandeln, welchen Forderungen sie sich anschließen wollten.¹⁷⁶

Dies galt auch für das Verhältnis der regionalen WAA-Gegnerinnen und -Gegner zu jenen aus anderen Teilen der Bundesrepublik. Die Initiatoren wollten die Bürgerinitiative Schwandorf stark nach außen abschotten und auf die lokale Identität ausrichten. Man wolle, so beschrieb es die lokale Presse, »kein Forum für Kernkraftgegner aller Art«¹⁷⁷ sein, die Aktionen sollten auf die Oberpfalz beschränkt bleiben und Menschen aus anderen Teilen Deutschlands sollte der Beitritt zur BI zu verwehrt werden. Solcherlei Überlegungen waren nicht spezifisch bayerisch, sondern hatten auch Bürgerinitiativen an anderen Orten in der Bundesrepublik stets beschäftigt. Die Auseinandersetzung mit »Auswärtigen« war von Beginn an ein Konfliktherd gewesen, hatte aber gleichzeitig die Stärke vieler Protestaktionen ausgemacht. In Wyhl hatte es sich zumeist um Studierende und linke Gruppen aus Freiburg gehandelt, mit denen sich die örtlichen Bauern und Hausfrauen arrangieren mussten. Ohne sie wäre aber die neunmonatige Platzbesetzung nicht möglich gewesen.¹⁷⁸ Im Kampf gegen das Entsorgungszentrum in Gorleben entschied sich die größte BI Lüchow-Dannenberg, nur »Einheimische« aufzunehmen, um dem Vorwurf der Unterwanderung zu entgehen. In einem gemeinsamen Lernprozess erkannten die lokalen »Widerständler« aber auch den Beitrag von angereisten Atomkraftgegnerinnen und -gegnern bei der Mobilisierung einer starken Gegenbewegung an.¹⁷⁹ Das Vorhaben der BI-Initiatoren in Schwandorf stieß daher auf die Gegenrede eines Teils der Anwesenden. Wenn es »hart auf hart«¹⁸⁰ gehe, könne man auf die Unterstützung durch Gleichgesinnte aus anderen Teilen Deutschlands nicht verzichten. Die Vorgeschichte des Kernenergiekonflikts führte in der Oberpfalz schon früh zu entsprechenden Erwartungen an die kommenden Auseinandersetzungen. Auch aus diesem Grund legten sich die BI-Gründer bereits in ihrer ersten Stunde auf Gewaltlosigkeit fest.¹⁸¹

Mit der Gründung der Bürgerinitiativen zuerst in Mitterteich gegen die Landesammelstelle und dann in Schwandorf gegen die Wiederaufarbeitungsanlage war der Konflikt um die Atomkraft in der Oberpfalz angekommen. Turbulente Zeiten standen der bayerischen Provinz ins Haus. In diesem Sinne kam die Analyse des *Zeit*-Redakteurs Gunter Hofmann im November 1981 sehr passend. Hofmann erkannte einen politischen Trend der Bundesrepublik: »Nicht in der Zentrale, son-

¹⁷⁶ Vgl. dazu auch Tiggemann: Achillesferse, S. 488.

¹⁷⁷ Gewaltlosigkeit lautet die oberste Maxime, in: Der Neue Tag vom 17./18.10.1981.

¹⁷⁸ Vgl. dazu Vollmer: Besetzungsromantik, S. 280-286.

¹⁷⁹ Vgl. Tiggemann: Achillesferse, S. 486, 491.

¹⁸⁰ Gewaltlosigkeit lautet die oberste Maxime, in: Der Neue Tag vom 17./18.10.1981.

¹⁸¹ Vgl. ebd.

dern in der Provinz werden heute die Konflikte ausgepaukt.«¹⁸² Wyhl, Brokdorf, das Erdinger Moos, Nürnberg, Frankfurt, Freiburg, Berlin und Gelsenkirchen stellten für ihn symbolische Orte dieser neuen Tendenz dar – wiewohl einige von ihnen kaum als »Provinz« bezeichnet werden konnten. Nur bei den wenigsten davon ging es um Atomanlagen. Flughäfen, Hausbesetzungen und Stadtplanung waren ebenso umstritten und von Bürgerinitiativen bekämpft. Seine Erklärung für diese Entwicklung setzte die neuen Partizipationsbestrebungen der Bevölkerung in den Mittelpunkt: Im Gegensatz zu den von Planbarkeit und Machbarkeit bestimmten sechziger Jahren würde ein Teil der Bevölkerung »jetzt wirklich mitbestimmen« wollen. Und dies ging nach Meinung vieler nur noch abseits des Bonner Machtzentrums. Das Verharren der meisten Protestbewegungen in der Region stellte laut Hofmann auch die Formen des politischen Systems in Frage. »Repräsentative Demokratie gegen fundamentale Opposition«, lautete sein Fazit.

Ganz im Gegensatz dazu nahm Klaus Traube, der ehemalige Manager und nun Gegner der Atomindustrie, etwa zur selben Zeit im *Spiegel* die zentralstaatliche Perspektive ein. Er kritisierte die kürzlich beschlossene Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, welches trotz nachweislich übertriebener Verbrauchsprognosen und der ungeklärten Entsorgungsfrage vorsah, in den kommenden 15 Jahren mehr als ein Dutzend neuer Kernreaktoren zu errichten. Traube konnte die Rückkehr zu diesem »Atomgigantismus«¹⁸³ nicht nachvollziehen, der die 1979 vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission und die von ihr benannte Option des Ausstiegs »desavouierte«. Pessimistisch sah er voraus, das nach der demokratischen Legitimation des Energieprogramms durch den Bundestag dem »Widerstand gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke danach mit der üblichen Mischung aus Toleranz gegen Minderheiten und Polizeiknüppeln begegnet« wird. Protest in der Provinz, so klang es Ende 1981 bei Traube, würde gegen die unverbesserliche Kernenergiegläubigkeit der Bundesregierung am Ende doch keine Chance haben. Er fügte seine Hoffnung hinzu, sich »dieses Mal, endlich einmal« zu irren.

¹⁸² Hier und im Folgenden: Gunter Hofmann: Die Politik wandert aus, in: Die Zeit, 27.11.1981.

¹⁸³ Hier und im Folgenden: Klaus Traube: Drei neue Atomkraftwerke pro Jahr?, in: Der Spiegel Nr. 49/1981.